

Über Sieg oder Niederlage im Krieg entscheiden nicht allein diejenigen auf dem Schlachtfeld, sondern jene, die die Ressourcen dafür bereitstellen. Krieg führen ist eine teure Angelegenheit. So kostet die Ukraine die Verteidigung gegen den russischen Aggressor jeden Tag 172 Millionen Dollar. Tendenz: schnell steigend.

Vor einem Jahr waren es nach Berichten aus Kiew, die Regierungsbeamte zitieren, 140 Millionen Dollar. Das Geld rinnt den Kiewer Planern schneller durch die Finger, als dass sie Nachschub beschaffen können.

Umgerechnet gut 58 Milliarden Euro will das Land im kommenden Jahr für Verteidigungsausgaben zur Verfügung stellen. Das wäre mehr als die Hälfte des gesamten Haushalts von 4,8 Billionen Hrywnja (100 Milliarden Euro). Doch auch wenn die aus dem Ausland kommende Militärhilfe hierbei nicht vollständig abgebildet ist, bleibt der Betrag immer noch weit unter dem, den Russland mobilisiert. Nach Berechnungen des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung (SIPRI) waren das allein im vergangenen Jahr 138 Milliarden Euro.

Der Ukraine fällt es immer schwerer, das Geld für die Verteidigung ihres Landes, den Kauf und die Produktion von Waffen, aufzubringen. Kriegsschäden und Auswirkungen der Kämpfe dämpfen die Wirtschaftsentwicklung. Arbeitskräfte sind knapp, die Energie- und Verkehrsinfrastruktur ist beschädigt. Immerhin sank die Inflation von August auf September leicht von 13,2 auf 11,9 Prozent. Die hohen Importe von Energie und Waffen verschlechtern die Leistungsbilanz. Witterungsbedingte Einbußen in der für den Export wichtigen Landwirtschaft kamen in diesem Jahr hinzu.

Wirtschaft wächst langsamer

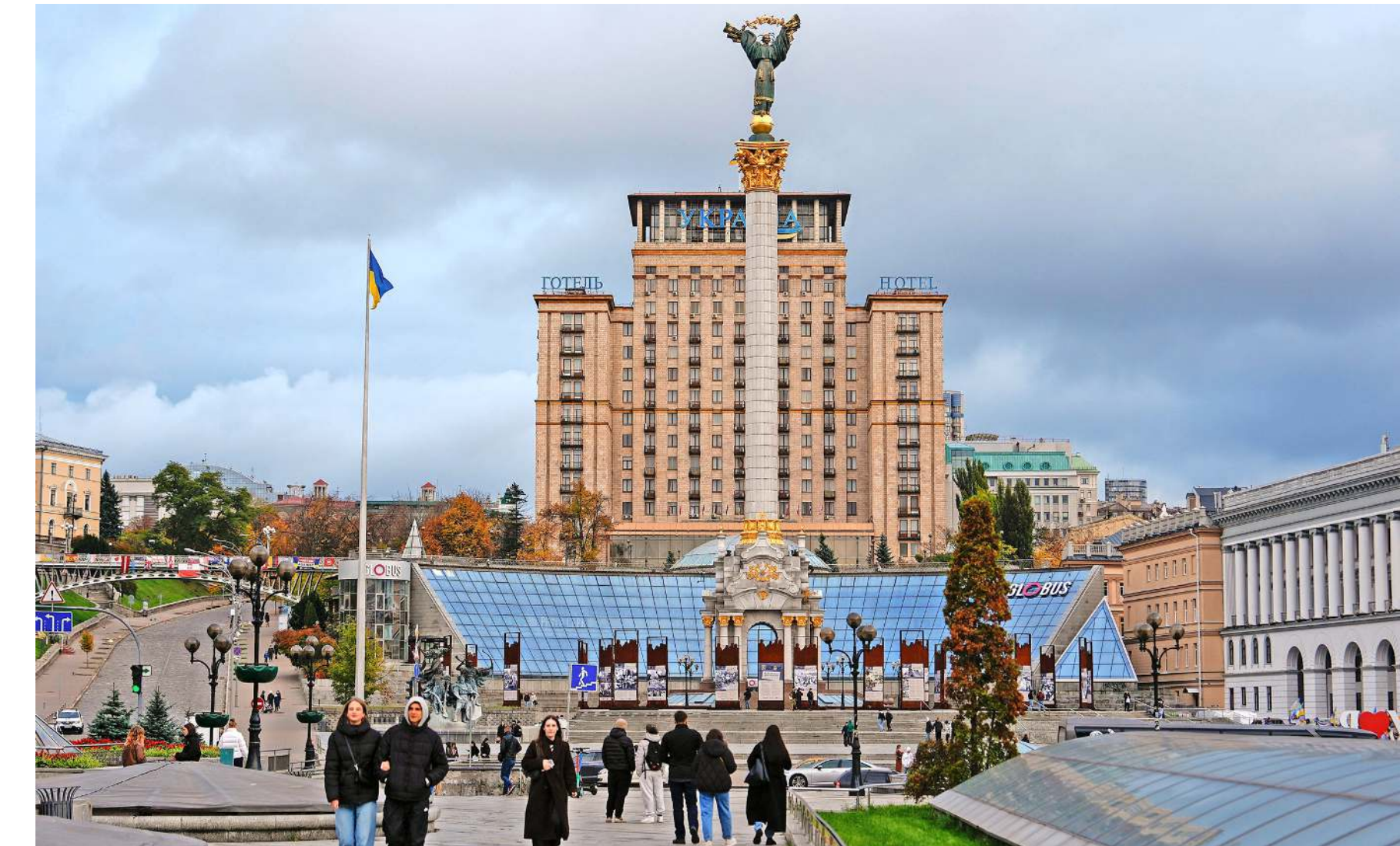
Von Januar bis September wuchs der Warenimport laut dem staatlichen Zoll um 17 Prozent auf 52 Milliarden Euro, während die Exporte um 3,1 Prozent auf 25 Milliarden Euro schrumpften. Experten senkten ihre Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in diesem Jahr auf zwei Prozent. Das schlägt durch auf die Steuereinnahmen in der immer noch stark von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft geprägten Kriegsökonomie.

Für das kommende Jahr plant die Regierung mit einem BIP-Wachstum von 2,4 Prozent, was unter dem Schnitt der Erwartungen der Ökonomen liege, die mehrheitlich 2,95 Prozent erwarteten, wie das Kiewer Centre for Economic Strategy (CES) anmerkt. Größter Ausgabenposten bleibt mit weitem Abstand das Militär. Grosso modo reichen die Einnahmen aus Steuern und Abgaben, um die Kosten für den Krieg aufzubringen.

Das heißt aber auch, dass alle weiteren Ausgaben wie für Soziales, Bildung, Wirtschaftsförderung oder den Schuldendienst durch neue Schulden im In- und Ausland finanziert werden müssen. Mehr als 40 Milliarden Euro Auslandshilfe sind eingeplant. Davon ist zwar der größte Teil, aber längst nicht alles mit Zusagen unterlegt – was eine gewisse Dringlichkeit von Anschlussfinanzierungen 2026 nahelegt. Das Budgetdefizit soll 18,2 Prozent des BIP betragen.

Tilgung frisst mehr als das Soziale

Ein bezeichnendes Licht auf die Finanzlage wirft der Umstand, dass der Schuldendienst nach Verteidigungsausgaben der größte Ausgabenposten ist und 2026



Symbolträchtig: Unabhängigkeitsdenkmal in Kiew

Foto dpa

Wie viele Schulden verträgt die Ukraine?

Kiew hängt am Finanztropf des Westens und kann seine Verbindlichkeiten wegen des anhaltenden Kriegs nicht einlösen. Die eingefrorenen russischen Zentralbank-Milliarden könnten eine Hintertüre öffnen.

Von Andreas Mihm

erstmals die Höhe der staatlichen Sozialausgaben übersteigen wird. Und das, obwohl auch hier im kommenden Jahr nach zwei Jahren der Kürzungen wieder Erhöhungen, etwa beim Mindestlohn, vorgesehen sind.

„Die Zinszahlungen steigen wegen der stark gestiegenen Staatsverschuldung, die Ende nächsten Jahres 106 Prozent des BIP erreichen wird“, schreiben die CES-Ökonomen. Die Kriegsfolgen führen dazu, dass sich die Staatsverschuldung der Ukraine binnen fünf Jahren von 50 Prozent des BIP auf 99 Prozent in diesem Jahr verdoppelt hat – was etwa 172 Milliarden Euro entspricht.

Details zeigen Daten, die die Ratingagentur Scope für F.A.Z. PRO Weltwirtschaft zusammengestellt hat. Ende August speiste sich etwa ein Viertel der Staatskredite, 25,7 Prozent, aus heimischen Quellen. Doch die Möglichkeiten

der inländischen Kreditaufnahme sind nach Feststellung der CES-Experten „fast erschöpft“. Die Banken hielten bereits mehr als ein Viertel ihrer Vermögenswerte in inländischen Staatsanleihen in Höhe von 18 Milliarden Euro. Zudem seien dies „die teuersten Kredite der Regierung“. Die sucht folglich anderswo günstigere Finanzierungen.

Sie findet sie bisher im Ausland: 75 Prozent der Kredite stammen laut Scope aus internationalen Quellen. Multilaterale Darlehen machten mit 59,3 Prozentpunkten davon den größten Anteil aus, bilaterale Darlehen kamen auf fünf Prozentpunkte, auf von der Regierung aufgelegte Eurobonds entfielen 9,9 Prozentpunkte. Käufer dieser Anleihen haben bereits zum Teil auf Forderungen verzichtet, weitere Umschuldungsaktionen dürften folgen, mutmaßen Kapitalmarktexperten.

Internationale Geldgeber täten sich immer schwerer, die Ukraine finanziell zu unterstützen, sagt Dennis Shen, Chefvolkswirt von Scope. Er weist darauf hin, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) im vergangenen Jahr unter der – wie sich zeigte, irrigen – Annahme eines baldigen Friedensschlusses erstmals ein Hilfsprogramm für ein Krieg führendes Land bewilligt habe. Das 15,4 Milliarden große Programm endet im Frühjahr 2027.

IWF will Zahlungsfähigkeit prüfen

Weil der IWF keine mildtätige Organisation ist, sondern auf die Rückzahlung der ausgereichten Kredite achten muss, werde er das von der Ukraine im September beantragte Nachfolgeprogramm vor dem Hintergrund der angeschlagenen Schuldentragfähigkeit „sorgfältig neu bewerten müssen“, meint Shen. Die Einschät-

zung des IWF ist dabei von besonderer Bedeutung. Denn auf seine Standards setzen auch Institutionen wie Weltbank, europäische Entwicklungsbanken und andere Finanziers wie die G 7, die EU oder Einzelstaaten auf.

Doch um die Schuldentragfähigkeit der Ukraine ist es ungeachtet mehrerer Um- und Entschuldungsaktionen in den vergangenen Jahren nicht gut bestellt. Laut dem laufenden IWF-Programm sollte die Verschuldung der Ukraine bis 2028 auf 82 Prozent und bis 2033 auf 65 Prozent des BIP sinken. Danach sieht es aber nicht aus, der Trend zeigt in die andere Richtung.

Hier könnten die eingefrorenen russischen Vermögen helfen, deren Höhe allein in der EU auf etwa 200 Milliarden Euro geschätzt wird. Davon sind bereits etwa 45 Milliarden Euro aus Zinseinnahmen für die Ukraine blockiert, die restli-

chen 140 Milliarden – Anleihen über zehn Milliarden Euro werden noch fällig – könnten demnach flüssiggemacht werden. Wofür genau das Geld ausgegeben werden könnte, ob nur fürs Militär oder auch für den allgemeinen Staatshaushalt, ist in der EU ebenso umstritten wie die Frage, ob das rechtlich machbar, politisch opportun und für die Europäische Zentralbank (EZB) geldpolitisch vertretbar erscheint. Gewarnt wird auch vor Vergeltungsmaßnahmen Moskaus gegen das in Russland blockierte Vermögen westlicher Unternehmen.

Zinslose Kredite in Tranchen

Die EU-Staats- und Regierungschef wollen dies auf ihrem Ratstreffen am 23. und 24. Oktober in Kopenhagen diskutieren, ob dann darüber schon entschieden wird, ist eine andere Frage. Einmal beschlossen, könnten sich andere Staaten der Initiative anschließen. So sind in Großbritannien russische Vermögenswerte in Höhe von 25 Milliarden Pfund (29 Milliarden Euro) eingefroren.

Der EU-Plan sieht vor, der Ukraine das Geld zinslos in Tranchen zu leihen, die Verpflichtung Kiews zur Rückzahlung aber davon abhängig zu machen, dass Russland nach einem Kriegsende entsprechende Reparationszahlungen an die Ukraine leistet. Auf die Weise will die EU eine völkerrechtlich problematische Enteignung Russlands vermeiden. Für den (wahrscheinlichen) Fall, dass Russland keine Reparationen zahlt und die beim belgischen Zahlungsdienstleister Euroclear liegenden russischen Zentralbankgelder doch an Moskau zurückgezahlt würden (und Kiew damit aus dem Obligo wäre), müssen EU-Staaten für die Kredite garantieren. Damit, sagt Shen, „wären die Kredite an die Ukraine faktisch Zuschüsse“ – mithin eine künftige Last europäischer Steuerzahler.

Im Gegenzug würden die Kredite aber technisch nicht auf den Schuldenstand der Ukraine angerechnet. Das würde nicht nur Kiews Finanzlage entspannen, sondern könnte rechnerisch auch den Finanzierungsspielraum des IWF und anderer Institutionen erweitern. Für die ursprüngliche Idee, das Geld für den Wiederaufbau der Ukraine nach einem Ende des Kriegs zu nutzen, bleibe dann allerdings auch nichts mehr übrig.

Dies ist ein exklusiver Text aus dem wöchentlichen

NEWSLETTER PRO



WELTWIRTSCHAFT

Alles Wichtige zu Globalisierung, Sicherheit und Ressourcen finden Sie in unseren PRO-Weltwirtschaft-Produkten gebündelt und um viel Detailwissen ergänzt.



Präsidenten-Persönlichkeit dringend gesucht

In turbulenten Zeiten fehlt es an Kandidaten für den Spitzenposten beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall. Von Susanne Preuß, Hamburg

Die Metall- und Elektroindustrie steht unter existenziellem Druck und mit ihr Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Politik. Dieses drastische Szenario malt Stefan Wolf im Kontext mit seinem Rücktritt als Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall in der vergangenen Woche. Umso wichtiger ist die Nachbesetzung seines Postens. Doch die Kandidatenliste ist noch ziemlich leer.

Reden, verdeutlichen, überzeugen – das seien die wichtigsten Aufgaben eines Gesamtmetall-Präsidenten und dazu sei das Erleben der betrieblichen Praxis nötig, sagt Wolf. Zahlen zu lesen, sei etwas anderes, als sie zu spüren. Der 64 Jahre alte Bankkaufmann und Jurist ist selbst kein Mann der Praxis mehr. Schon vor zweieinhalb Jahren ist er als Vorstandsvorsitzender der Eling-Klinger AG ausgeschieden, nach mehr als einem Vierteljahrhundert bei dem schwäbischen Autzulieferer. Schon 2024 musste man für seine Wiederwahl an der Verbandsspitze den Sonderfall ausnutzen, dass auch eine „Person des öffentlichen Lebens“ Gesamtmetall-Präsident werden oder bleiben kann. Ansonsten sieht die Satzung aber genau das vor, was Wolf predigt: Praxisbezug. Nur wer Vorstand oder Geschäftsführer in einem Mitgliedsunternehmen der deutschen Metall-Verbände und dort aktiv ist, darf Präsident werden.

Damit ist die Zahl potentieller Kandidaten schon sehr eingeschränkt, zumal informell noch andere Anforderungen gelten. Eine Person aus Baden-Württemberg hätte große Chancen, weil von hier das Geld kommt, fast die Hälfte aller Beitragszahlungen. Nordrhein-Westfalen ist traditio-

nell ebenfalls stark vertreten in den Gremien. Ansonsten ist Tarifierfahrung gefordert. Wer noch nie erlebt hat, wie glücklich eine Tarifkommission mit ihrem eigenen Kompromissvorschlag war und wie knallhart dieser dann in den eigenen Reihen zerfetzt wurde, wird die zentrale Vermittlerrolle auf Bundesebene kaum gut ausfüllen können, lautet die Logik.

Unter dieser Prämisse fallen die beiden Verhandlungsführerinnen der Tarifrunde 2024 ins Auge: Lena Ströbele, Geschäftsführerin der Wertengruppe Lürssen (NVL), und Angelique Renkhoff-Mücke, die seit einem Vierteljahrhundert den Sonnen- und Witterschutz-Spezialisten Warema aus dem unterfränkischen

Marktheidenfeld führt. Küste und Bayern gemeinsam und letztlich erfolgreich am Verhandlungstisch: Das war ein Experiment, das die beiden Frauen gemeinsam mit den IG-Metall-Verhandlungsführern Daniel Friedrich und Horst Ott wagten. Die Kooperation wurde vielfach als wegweisend für Reformprozesse im bisher stark ritualisierten Tarifwesen der Bundesrepublik bezeichnet. Ganz abgesehen davon wurde das Ergebnis weithin als maßvoller Pilotabschluss gelobt.

Keine der beiden Tarifexpertinnen indes hat sich für die Nachfolge an der Gesamtmetall-Spitze in Position gebracht. Über Renkhoff-Mücke heißt es, sie wolle in Bayern bleiben. Die 20 Jahre jüngere

Lena Ströbele hat mit dem Tarifaabschluss gewiss viele Meinungsführer überrascht und vielleicht überzeugt. Ob aber ausgerechnet der Küstenbezirk den Spitzenposten bekommen sollte? „Da wedelt doch der Schwanz mit dem Hund“, lautet der bissige Kommentar eines Beobachters, der argwöhnt, dass die selbstbewussten Süddeutschen skeptisch sein könnten. Andere verweisen auf einen wahrscheinlich entscheidenden Hinderungsgrund für Ströbele – nämlich ihre aktuelle berufliche Situation. Die Marine-Sparte von NVL, die Lena Ströbele leitet, soll an den Rüstungskonzern Rheinmetall verkauft werden. Der Abschluss der Transaktion ist Anfang 2026 vorgesehen.

Unter solchen Umständen scheint es wenig sinnvoll, sich gleichzeitig im zeitintensiven Netzwerken quer durch die deutsche Metall- und Elektrobranche und zudem unter den Mächtigen in Berlin und in Brüssel zu üben. Die nächste Tarifrunde aber wirft schon ihre Schatten voraus. Ende Oktober läuft der Tarifvertrag aus, im September endet die Friedenspflicht. Lange davor zeichnet sich in der Regel ab, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Wo Unternehmen sich schon schwertun, ihre Belegschaft stabil zu halten, stoßen Diskussionen über großzügige Gehaltserhöhungen nicht auf Gegenliebe. Umso wichtiger könnten in den Verhandlungen besondere Elemente werden, die speziell in der Krise helfen sollen. So wurde beispielsweise im Bezirk Südwestmetall Anfang dieses Jahres die Möglichkeit eröffnet, Personal für einige Monate an andere Unternehmen zu verleihen, um damit Transformationsprozesse zu erleichtern. Eine solche Flexibilisierung wäre wohl kaum ohne umfangreiche Überzeugungsarbeit in andere Tarifbezirke übertragbar.

Sollte Baden-Württemberg, wo sich die Autokrise wie unter einem Brennglas entzündet, gerade deswegen noch einmal einen Präsidenten stellen? Joachim Schulz als Südwestmetall-Präsident ist einer der vier Vizepräsidenten von Gesamtmetall, die aktuell den zurückgetretenen Präsidenten vertreten – doch der frühere Chef des Medizingeräte-Herstellers Aesculap ist seit 2022 im Ruhestand. Auch der Unternehmer Harald Marquardt hat sich aus dem operativen Ge-

schaft zurückgezogen und hat zudem zuletzt einige Kritik für sein Agieren in der Tarifrunde einstecken müssen. Wobei mit einigem Abstand das Narrativ entsteht, dass es richtig von ihm gewesen sei, ganz früh eine Nullrunde in den Raum zu stellen, um die Erwartungen der Arbeitnehmer einzudämmen.

Einer, der beinahe als Baden-Württemberger durchgehen könnte, wäre der dort als Tarifexperte hochgeschätzte Peter Sebastian Krause, der lange Jahre beim Autzulieferer Kolbenschmidt-Pierburg Arbeitsdirektor und Personalvorstand war, bevor er in gleicher Funktion zur Muttergesellschaft Rheinmetall wechselte. Auch er ist aber seit mehr als einem Jahr im Ruhestand.

Bleibt als einziger Name, der immer wieder fällt: Arndt Kirchhoff, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kirchhoff-Gruppe in Iserlohn. Im nächsten Satz wird meist nachgeschoben, dass dieser doch im Januar schon seinen 70. Geburtstag gefeiert habe und dass er zudem noch so viele andere Posten bekleide. Außerdem wolle Kirchhoff doch erklärmaßen nicht Gesamtmetall-Präsident werden. Oder doch? Vielleicht würde er sich als Übergangskandidat zur Verfügung stellen? Bis eine andere Kandidatin (siehe oben) noch mehr Berufs- und Verbandserfahrung gesammelt hat? Allzu konkret sind die Spekulationen nicht. In der Berliner Zentrale von Gesamtmetall, wo auch Kritik an fehlender Nachwuchsarbeit andartet, heißt es lediglich: Das Prozedere läuft. Wann der Findungsprozess abgeschlossen sein soll, bleibt unklar.



Foto dpa

Arndt Kirchhoff



Foto dpa

Lena Ströbele



Foto Sven Simon

Angelique Renkhoff-Mücke